



-Es gilt das gesprochene Wort-



Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats, liebe Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie plant man für das nächste Jahr, wenn man gar nicht weiß, wie das öffentliche Leben in den nächsten Wochen überhaupt aussehen kann? Die Corona-Pandemie hat das

gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle, vor allem aber auch das private Leben aktuell fester denn je im Griff. Wir sind überzeugt von den Notwendigkeiten der Maßnahmen zur Eindämmung der Virus-Ausbreitung. In der Sache der täglichen Arbeit wird aber auch unsere gemeinsame Aufgabe der Kommunalpolitik ungemein schwierig. Wie soll man in diesen Zeiten Aufgaben vordenken, vorantreiben, umsetzen? Wie soll Stadtgestaltung in verschiedenen Bereichen stattfinden? Wie soll man da vertretbare Prognosen für einen Haushalt 2021 vornehmen?

Eigentlich ist nur eines sicher: Wir müssen uns darüber klar sein, dass unser gesamtes Leben in den nächsten Monaten vielleicht sogar ein, zwei Jahren zwangsläufig mit mehr Unsicherheiten behaftet ist, als uns lieb ist.

Wenn man das auf den Haushalt bezieht wird einem bewusst, dass eine verlässliche und dauerhafte Planbarkeit nicht wirklich gegeben ist. Nicht für 2021 aber auch nicht in den Folgejahren. Denn auch bei den Finanzen ist die Krise mit den zwar wichtigen und dankenswerten Ausgleichsgeldern von Bund und Land nicht vorbei. Es gibt auch in den Kommunalhaushalten eine zweite, ja sogar dritte Welle: Die Einbrüche in 2021 und den folgenden Jahren, in welchen sich weitere Auswirkungen der Pandemie zeigen werden, sind viel einschneidender, als vielen das bisher bewusst war.

Und ich glaube nicht an die von Minister Altmaier am Samstag beschworenen Selbstheilungskräfte unserer Wirtschaft alleine. Deshalb geht auch mein erster, eindringlicher Appell an die Abgeordneten in Bund und vor allem Land: Wenn Sie meinen, Sie hätten zur finanziellen Rettung von Betrieben, Gastronomie, Hotellerie, Selbständigen, Kulturschaffenden, Vereinen und für heute gesprochen vor allem für die Kommunen mit den Maßnahmen aus 2020 schon genug getan, dann irren Sie sich. Das muss erst der Anfang gewesen sein.

Wenn Kommunen das laufende Geschäft nicht mehr durchfinanzieren können, sterben kommunales Leben, Lebensqualität, Vereine und Kultur - und zwar meist für immer.

Wenn wir darüber hinaus nicht mehr in vorhandene Infrastruktur investieren, wird gesellschaftliches Vermögen zu Grunde gerichtet. Wenn wir weiterhin keine Chance mehr haben, Vorhaben wie Mobilität, neue Wohnquartiere oder Bildungsvorhaben zu finanzieren, bleiben Worte wie Klimaschutz, bezahlbarer Wohnraum oder Zukunftsfähigkeit Worthülsen.

Daher will ich die Vertreterinnen und Vertreter in Bund und Land aufrütteln, dass es mit der Unterstützung der Kommunen in 2020 nicht getan ist und dass weitere Ausgleichsmaßnahmen folgen müssen.

Doch nun zu den Fakten des Haushaltes 2021, ein kurzer Datenüberblick:



Im Ergebnishaushalt beträgt das veranschlagte Gesamtergebnis im nächsten Jahr minus 17,6 Mio. In 2019 war das Ergebnis bei knapp 2,6 Mio. plus, in 2020 werden wir wohl mit - gemessen an der Situation nur - minus 1 Mio. abschließen. Der investive Teil des Finanzhaushaltes wird in 2021 auf ebenfalls minus 17,9 Mio. kalkuliert, gemessen am Vollzug 2020 mit -22,1 Mio. eine Verbesserung.

Noch klarer wird die Pandemiekrise in den Finanzen bei der Frage, wo die Mittel herkommen. Denn zur Finanzierung all dieser Ausgaben wird in 2021 die noch vorhandene Liquidität nicht ausreichen. Wir werden für den Ergebnishaushalt im worst-case 9,5 Mio. Kassenkredite benötigen und für den Finanzhaushalt 21,3 Mio. Darlehen aufnehmen, zusammen also ca. 30 Mio. Fremdfinanzierung.

Natürlich ist diese Summe erschreckend hoch. Die Darlehen für den Finanzhaushalt machen mir Sorgen, aber gar keine so großen. Das generelle Verteufeln von Kreditfinanzierungen für Investitionen konnte ich noch nie wirklich verstehen. Jeder finanziert so sein Wohnhaus. Und so werden Werte geschaffen, die dem Kredit gegenüberstehen.

Zinsbeispiele Bereich Abwasserbeseitigung

Volumen in €	Laufzeit	Zinssatz in %
1.000.000	8	0,00
ab 1.000.000	10	0,04
ab 1.000.000	15	0,16
ab 1.000.000	20	0,25

Schließlich: Angesichts von derzeit fast bei null liegenden Zinsen für Kommunalkredite bei 20-jähriger Laufzeit (siehe aktuelle Konditionen auf der Folie) sind die Finanzierungskosten mehr als verschmerzbar. Und schließlich: Eine Investition nicht zu tätigen, nur um einen Kredit zu vermeiden, kann teurer sein, als diesen in Kauf zu nehmen. Nehmen wir das Beispiel Bildung, egal ob Kindergarten Festplatz, Kaserne Nord oder Schulsanierungen und anbauen:

Zitat

*„Es gibt nur eins was auf Dauer teurer ist als Bildung:
– Keine Bildung.“*

J. F. Kennedy

„Es gibt nur eins was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung“, so ein Zitat von John F. Kennedy.

Natürlich muss die Rückzahlung eines Kredites eingeplant und immer möglich werden. Aber das wird es auch sein - schließlich betreiben wir auch da seriöse Finanzpolitik. Was mich stattdessen viel mehr beschäftigt, sind die Kassenkredite für den Ergebnishaushalt. Das ist, wie wenn man dauerhaft das Girokonto überzieht und das kann nicht dauerhaft gut gehen.

Daher: Wir müssen in den Haushaltsberatungen und im Vollzug des Haushaltes 2021 alles daransetzen, diesen Kassenkredit des worst-case Falles zu vermeiden oder zu verringern, was bedeutet, dass er bei besserer Haushaltsentwicklung eben nicht fällig wird.

Die Chance haben wir durch zurückhaltende Anträge von Ihrer Seite. So, wie das vorbildlich die Ortschaften gemacht haben, die für den HH 2021 so gut wie keine neuen Vorhaben angemeldet haben. Danke und Respekt dafür.

So, wie das die Verwaltung auch vorbildlich gemacht hat: Wir haben keine neuen, noch nicht beschlossenen Vorhaben und Projekte im Haushalt eingeplant. Und wir halten den Personaletat weitgehend auf Vorjahresniveau, trotz der meines Erachtens viel zu weitgehenden Tarifsteigerungen der Gewerkschaften in diesem Zeitraum.

Wir schlagen nur eine zusätzliche Stelle vor im Bereich EDV-Administration, weil sich das Arbeitsvolumen in dem Bereich durch mehr Geräte, mehr online-Nutzungen, mehr mobiles Arbeiten, mehr Teams-Konferenzen usw. vermehrfacht hat und dieser Arbeitsbereich auch besonders systemkritisch ist.

Wenn aber trotzdem ein so großes Defizit im Ergebnishaushalt bleibt, wie schaffen wir es dann, den Kassenkredit möglichst zu vermeiden? Wie gesagt: Es ist nicht die Zeit für ihre Ausgabenanträge.

Und ich werde gleich nach Beschluss des Haushaltes eine partielle Bewirtschaftungssperre veranlassen, die zum noch sorgsameren Vollzug des Planes führt, weil wir im Vollzug des Jahres 2020 gesehen haben, wie sparsam alleine das Verhängen einer solchen Maßnahme ist. Das könnte uns - angenommen das betrifft 20% der Sachausgaben - 7 Mio. bringen. Und dann

gehe ich mit einem Rest an Optimismus in das Jahr, dass es dann eben doch hier und da bessere

Nachrichten gibt in Höhe von 2,5 Mio., womit die 9,5 Mio. Kassenkredite dann doch gedeckt wären. Allein die Tatsache, dass ich von einigen Gewerbesteuerzahlern weiß, dass sie die Vorauszahlungen erlaubterweise auf Null gesetzt haben, obwohl die Geschäfte gut laufen, bestärkt mich darin.

Übrigens: Das Wort Konsolidierung will ich in den Beratungen nur von denjenigen hören, die es so ernst meinen, dann beispielsweise auch Angebote gänzlich abzuschaffen: also kein Kulturprogramm mehr, komplette Beendigung der Schlossfestspiele oder eine drastische Minimierung oder Abschaffung von jeglicher Art von Zuschüssen an Vereine, Kirchen, Familien etc. Ich bin sicher nicht der einzige, der das nicht will, denn dann passiert das, was ich in meinen Eingangsworten sagte, dann stirbt unser kommunales Leben.

Konsolidierung in dem von einigen hier bisher verstandenen Sinne, nämlich alles wie bisher, nur günstiger - das geht aber auch nicht. Konsolidierung im Sinne von ISEK heißt: Nicht sagen, dass man alles will und das vorhandene Geld dann so aufteilen, dass jede Position halt einfach weniger bekommt. Sondern mit dem vorhandenen Geld genau das richtig machen, das Priorität haben soll. Dafür ist eine genaue Priorisierung notwendig, was wir aktuell im ISEK-Prozess machen, der leider auch wegen Corona stockt.

Lassen Sie mich noch kurz zu den Ursachen und Annahmen der Einbrüche im Ergebnishaushalt 2021 sprechen:

Coronabedingte Mindererträge und Mehraufwendungen 2021	
Gewerbesteuer	minus 5,0 Mio. €
Vergnügungssteuer	minus 215 T€
Sonstige Mindererträge wie Hallenvermietungsgebühren, Eintrittsgelder, Mieten und Pachten	minus 710 T€
Summe Mindererträge	minus 5,9 Mio. €
Reinigungsaufwand	zusätzlich 850 T€
Heizaufwand etc.	zusätzlich 260 T€
sonstige Mehraufwendungen	zusätzlich 170 T€
Summe Mehraufwendungen	zusätzlich 1,28 Mio. €

Da sind zunächst die pandemiebedingten Mindereinnahmen:

- Gewerbesteuer bei nur 34 Mio. statt 39 Mio. - also 5 Mio. weniger.
- Vergnügungssteuer minus 215T und nur noch 1 Mio.
- Weniger Entgelte durch Eintrittsgelder und v.a. weniger Hallenvermietungsgebühren in Höhe von minus 710T.

Das macht zusammen minus 5,9 Mio.

Dazu kommen die coronabedingten Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 1,28 Mio. für im wesentlichen höhere Heiz- und Reinigungs- sowie Personalkosten von Dienstleistern wie Sicherheitsdienste etc.

Weitere negative Belastungen im Haushalt kommen noch dazu:

- Ausgerechnet in 2021 werden wir wegen der FAG-Logik für das so erfreuliche Jahr 2019 für andere zur Ader gelassen und müssen höhere FAG-Umlagen bezahlen

Weitere Mehrbelastungen 2021	
Finanzausgleich insbesondere <ul style="list-style-type: none"> ○ Zuweisung mang. Steuerkraft 2,8 Mio. € ○ Investitionspauschale 234 T€ ○ Familienleistungsausgleich 88 T€ ○ FAG-Umlage 1,2 Mio. ○ Kreisumlage (bei 28,5 %) 245 T€ 	4,5 Mio. €
Anteil Einkommen- und Umsatzsteuer	2,1 Mio. €

- Der Finanzausgleich belastet uns mit 4,5 Mio. mehr als im Vorjahr. Es wäre sogar 1 Mio. mehr gewesen, wenn es sich nicht abzeichnen würde, dass der Landrat auf meinen fraktionsübergreifenden Startimpuls hin die Kreisumlage wohl senken wird.

- Und zu allem Übel sinken unsere Einnahmen im Bereich der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer um insgesamt 2,1 Mio.

Bei diesem letzten Punkt lohnt es sich, kurz genauer hinzuschauen, warum das so ist: Zum einen wird der Kuchen für alle etwas kleiner. Zusätzlich dazu, nimmt unsere Schlüsselzahl für den Steueranteil ab, wodurch unser sowieso Stückchen vom sowieso schon kleineren Kuchen noch kleiner wird. Das liegt daran, dass in Ettlingen das Verhältnis von Personen in Beschäftigungsverhältnissen im Gegensatz zu denen ohne Beschäftigung immer ungünstiger wird. Sprich, wir haben immer weniger berufstätig Aktive und immer mehr Passive. Darum wird unser Anteil kleiner.

Was kann man dagegen tun? Wir tun es schon: Wohngebiete planen und ausweisen. Denn nur dort ziehen Neubürger hin, die in der Regel in der Mitte des Lebens berufstätig sind, zur Einkommensteuer und damit unserem Anteil für Ettlingen beitragen. Deshalb eine große Bitte - und das ist nur auf den ersten Blick für den Haushalt 2021 paradox: Lassen Sie im Haushalt alle Plan- und Gutachtenausgaben für die weiteren Baugebiete wie Kaserne Nord, Bauhofareal, AVG-Areal in Verbindung mit dem Elba-Areal drin. Das alle sind Projekte, in denen zusammen ca. 1.000 Wohneinheiten geschaffen werden. Genauso auch die Entwicklung von Gewerbegebieten wie ElbaAreal oder Heiligenfeld. Bitte auch da kein Streichen, Kürzen und Schieben - denn sonst sägen wir an dem Steuerast, auf dem wir sitzen. Zum Investitionshaushalt sind eigentlich vor allem drei Dinge anzumerken:

Investitionshaushalt 2021

Bauhaushalt
 Plan 2020 22,9 Mio. €
 Plan 2021 15,3 Mio. € = 67 % des Vorjahresvolumens

- Fortführung laufender Maßnahmen
- Beginn von Maßnahmen, bei denen Gefahr im Verzug ist
- Beginn von Maßnahmen, für die Zuschussmittel bewilligt wurden

Grundstücksveräußerungen
 Durchschnittliche Einzahlungen der letzten 5 Jahre = 7,0 Mio. €
 Ansatz 2021 = 3,3 Mio. €

1. Der Bauhaushalt hat im neuen Jahr mit 15,3 Mio. gegenüber geplanten 23 Mio. in 2020 nur noch 2/3 des bisherigen Volumens. Ein Zeichen dessen, dass wir in der Vorplanung schon sehr ernsthaft mit den Vorzeichen umgegangen sind und nicht nur sparsam, sondern extrem zurückhaltend geplant haben.
2. Wir werden in 2021 nur laufende Maßnahmen zum Abschluss bringen und Projekte angehen, bei denen sonst Gefahr in Verzug ist oder wir Zuschussgelder verlieren würden. Alle anderen Maßnahmen werden zunächst 6 bis 9 Monate aufgeschoben, bis dann vielleicht etwas mehr Klarheit über die Finanzlage der Zukunft herrscht.
3. Schließlich darf man nicht verhehlen, dass die Finanzierung des Haushaltes aus Mittelherkunftssicht kurzfristig natürlich auch daran leidet, dass die Mehrheit des Gemeinderates einen Dogmenwechsel bei der Frage von Grundstücksverkäufen vornehmen möchte, den ich gar nicht kritisieren, mit dessen Auswirkungen wir aber umgehen müssen. Es ist sicher langfristig richtig, auf Erbpacht umzusteuern, denn ein Grundstück hat man nur einmal. Aber das ausgerechnet in dem Jahr zu tun, in dem alles andere auch in die Knie geht, belastet uns mit knapp 4 Mio. im Vergleich zu den durchschnittlichen Grundstückeinnahmen der Vorjahre.

Nachdem ich schon vor einigen Zeilen etwas zur Mittelherkunft für den Haushalt insgesamt gesagt habe, bleibt noch die Frage nach der mittelfristigen Planbarkeit. Leider auch hier wenig gute Nachrichten.

Wir gehen davon aus, dass wir bis 2024 dürre Jahre und wenig Spielraum haben werden. Selbst dann nicht, wenn wir uns auf massive Einsparungen und Erhöhung unserer Steuersätze in allen Bereichen verständigen. Ich halte Letzteres ebenso für nötig, allerdings noch nicht im kommenden Jahr. Die Wirtschaft und Bürgerschaft jetzt gleich mit höheren Steuern zu konfrontieren hätte keine gute Wirkung sowie hier und da vielleicht sogar einen erdrosselnden Effekt. Wir werden allerdings nicht drum herumkommen, das für 2022 vorzunehmen.

Was bleibt also noch an Möglichkeiten? Ich fand einen Kommentar in der BNN vom Montag sehr ermutigend. Dort heißt es: *„Der Staat (könnte) auch im neuen Jahr finanziell nachlegen (...). Es wäre für Deutschland verkraftbar. (...) Falsch wäre es im Nachgang der schweren Krise, die Ausgaben zusammenzustreichen oder (gleich) Steuern zu erhöhen, weil das die Erholung bremst. Es braucht eine Finanzpolitik der ruhigen Hand.“*

Das müssen wir jetzt praktizieren: Eine Finanzpolitik der ruhigen Hand. Und natürlich ist zunächst der Abschluss des aufgrund der Corona-Ereignisse verzögerten ISEK-Prozesses notwendig, um Ziele und Prioritäten zu definieren. Schließlich die Sicherheit: Auch, wenn sich Ettlingen aktuell in finanzpolitisch schwerem Fahrwasser befindet, wird es uns bei entsprechender Haushaltsdisziplin gelingen, mittelfristig aus diesem wieder herauszukommen. Dafür sind wir zu gut aufgestellt. Dafür haben wir die richtige Verantwortung. Dafür haben wir eine gesunde Basis und sind nicht chronisch finanzkrank. Und schließlich natürlich ist das nicht die ernstgemeinte Quintessenz, aber ein wenig Leichtigkeit hilft auch - haben wir einen Kämmerer aus dem Rheinland! Und wie heißt es dort: "Ed hätt noch emme jood jejange"



Damit komme ich zum Dank an alle, die zur Aufstellung dieses Werkes beigetragen haben, das zwar weniger umfangreich, aber umso schwieriger auf den Weg zu bringen war. Ich bedanke mich beim neuen Kämmerer, Uwe Metzen, der sich sicher einen besseren Einstand vorgestellt hätte, aber seine Sache zusammen mit seinem Team - Frau Leßle, Frau Poltoretski und Herr Jung - sehr gut macht. Danke auch an Bürgermeister Dr. Heidecker, alle Amtsleiter, Geschäftsführer, Sachdienststellen und Ortsvorsteher für das konstruktive Miteinander bei der Aufstellung dieses Haushaltsplanes.



Allen Genannten, Ihnen und der ganzen Bürgerschaft wünsche ich eine stille, aber gehaltvolle Advents- und Weihnachtszeit. Ich hoffe, dass wir alle gesund bleiben und auch emotional unversehrt durch diese Zeit kommen. Lassen Sie uns nichts unversucht lassen und unser Bestes geben, damit wir das gemeinsam schaffen.

Wenn uns das gelingt, dann ist irgendwann in der Rückschau auch ein schwieriger Haushalt 2021 eine eher unwichtige Nebenbemerkung, weil wir merken, dass wir es überwunden haben und dass uns vieles andere von noch größerer Bedeutung geworden ist als Projekte und Geld.

Das ist mein Wunsch für die gesamte Bürgerschaft und unseren kommunalen Gemeinsinn in Ettlingen, unserer lieben Heimat. Vielen Dank!